

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 326  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 24. November 1936.

## Der Rechnungshof über die Gebarung der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen im Jahre 1935.

Gemäss den Bestimmungen der Verfassung hat der Rechnungshof in den Monaten Juli bis Oktober l. J. die im Jahre 1935 vollzogene Gebarung der Bundeshauptstadt Wien und ihrer Unternehmungen an Hand der Bücher, Belege und einschlägigen Geschäftsstücke überprüft. Die Kontrolle der Gebarung erfolgte sowohl im Hinblick auf ihre ziffernmässige Richtigkeit und ihre Uebereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften als auch bezüglich ihrer Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit. Der vom Rechnungshof auf Grund dieser Einschau abgefasste Bericht wurde nunmehr nebst den Gegenäusserungen des Bürgermeisters Richard Schmitz von diesem der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht.

Einleitend stellt der Bericht betreffend die Gebarung der Hoheitsverwaltung fest, dass die Kassenbestände der Stadt von 1,311.006'19 Schilling Ende 1934 im Gegenstandsjahre auf 2,304.157'34 Schilling angestiegen sind; die Erhöhung von 993.151'15 Schilling hat sich dadurch ergeben, dass in der sogenannten wirksamen, das ist budgetmässigen Gebarung die tatsächlichen Einnahmen um 5,213.972'79 Schilling höher als die Ausgabe waren, wogegen umgekehrt die Ausgaben der durchlaufenden Gebarung die durchlaufenden Einnahmen um 4,220.821'64 Schilling überwogen. Der Ueberschuss in der budgetmässigen Gebarung konnte selbstverständlich nur durch Einbeziehung des Nettoerlöses der begebenen Schatzscheine im Betrage von rund 32 Millionen Schilling erzielt werden.

Zu Einzelheiten übergehend, vermerkt der Bericht eine Steigerung der Ausgaben für Nebengebühren gegenüber 1934. Sie findet, von den durch die Erfüllung der Heimkehrer- und Kriegsbeschädigtenforderungen bedingten Vorrückungen abgesehen, ihre Erklärung in dem bedeutenden Arbeitsaufwand, den die Durchführung des Investitionsprogrammes erforderte und der nur dadurch bewältigt werden konnte, dass fachkundiges und eingearbeitetes Personal zu Mehrdienstleistungen herangezogen wurde. Dazu kommt die wesentliche Erweiterung, den der Wirkungsbereich der Hoheitsverwaltung durch die Anlegung des Einwohnerverzeichnisses, die Ausgestaltung des Arbeitsnachweises u. a. m. im abgelaufenen Jahre erfahren hat. Dass die Stadtverwaltung ihre Pflichten gegenüber der nachrückenden Jugend nicht vergisst, dafür zeugt die im Rechnungsabschluss zum Ausdruck kommende Pensionierungsaktion, die in Jahre 1935 allein bereits die Aufnahme von 339 Aspiranten und Hilfslehrern ermöglicht hat. Bei Besprechung der Feuerwachgebühren in den Theatern hält der Bericht angesichts der bedauerlich hohen Rückstände dieser Gebühren besondere Verfügungen für geboten.

Beim Hauptstück des Finanzamtes wird einleitend das weitere Sinken der reinen Finanzeinnahmen besprochen; insbesondere hatten die städtischen Abgaben einschliesslich der Zuschläge zu den Bundesgebühren gegenüber 1934 einen Rückgang um rund 10 Millionen Schilling, die Ertragsanteile einen solchen um rund 9 Millionen Schilling zu verzeichnen. Erfreulich ist hingegen der Rückgang der Einnahmerückstände der Finanzverwaltung; sie beliefen sich Ende des Berichtsjahres auf rund 28'2 Millionen Schilling gegen 39'8 Millionen Schilling Ende 1934. Der Schuldenstand hat sich infolge der Begebung der Schatzscheine erhöht und beträgt mit 31. Dezember 1935 rund 347 Millionen Schilling; von diesem Passivum sind jedoch die als Kapital der städtischen Unternehmungen ausgewiesenen Tilgungsrückstände von rund 152 Millionen Schilling und Aktivforderungen im Anlehensdienst per rund 16 Millionen Schilling in Abzug zu bringen. Die fundierte Stadt,

# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

schuld stellt sich sonach auf netto rund 180 Millionen Schilling, wozu noch 29 1/2 Millionen Schilling für Hypothekendarlehen auf Grund des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzes kommen. Im weiteren Verlauf beschäftigt sich dieser Teil des Berichtes mit zahlreichen Einzelheiten der Abgabeverwaltung. Soweit es sich hierbei um eine Verschiedenheit in der Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen handelt, wurde die Aufklärung gegeben. In einigen Fällen glaubt der Rechnungshof eine zu milde Handhabung der Abgabenvorschriften feststellen zu müssen; andere Fälle betreffen kleinere Mängel im Verfahren und dergleichen, wie solche bei der Unzahl der betreffenden Verwaltungsakte wohl unvermeidbar sind. Sie wurden soweit möglich bereits bereinigt.

Die Bemerkungen zu den übrigen Hauptstücken des Rechnungsabschlusses der Hoheitsverwaltung betreffen vorwiegend Angelegenheiten formal-rechnungsmässiger Art und die Rechnungszensur. In meritorischer Beziehung wird u. a. noch auf den verhältnismässig hohen Aufwand für Dienstfahrten des Arbeitsnachweises und auf die drohenden Unkosten für Herstellungsarbeiten an der Maschinenhalle der städtischen Lagerhäuser im Prater hingewiesen; der erstgenannte Aufwand wurde durch Einziehung von 3 Motorrädern seither wesentlich eingeschränkt; bezüglich der Maschinenhalle, die aus der Zeit der Weltausstellung 1873 stammt und vom Bunde seinerzeit den Lagerhäusern gegen einen Anerkennungszins und die Verpflichtung zur Instandhaltung überlassen wurde, sind Verhandlungen mit der Bundesverwaltung bezüglich eines Abbruches der Anlagen bereits eingeleitet.

Zu den städtischen Unternehmungen übergehend, betont der Bericht zunächst allgemein, dass an Hand der Unterlagen die ziffermässige Richtigkeit und die volle Uebereinstimmung der bücherlichen Ergebnisse mit der Jahresrechnung festgestellt werden konnte. Im Besonderen wird von der Ausgabengebarung der Gaswerke gesagt, dass sie nach wie vor den Stempel grösster Wirtschaftlichkeit an sich trage. Die abermalige Senkung der Betriebskosten ist hauptsächlich auf die Verbilligung der Kohle und auf Ersparungen im Personaletat zurückzuführen. Die beträchtlichen wirtschaftlichen Erfolge, die das Unternehmen durch eine lange Reihe von Jahren aufzuweisen hat, ermöglichten auch eine teilweise Herabsetzung des Gaspreises, von der sich der Bericht eine Aufholung des Konsumrückganges verspricht.

Bei Besprechung der Gewinn- und Verlustrechnung der Elektrizitätswerke wird die Tatsache, dass trotz namhafter Steigerung der Erzeugung die Betriebs- und Strombezugskosten gesunken sind, als deutliches Zeichen ökonomischer Betriebsführung gewertet. Die Entwicklung der Einnahmen seit ist weniger befriedigend; der Kilowattstundenverbrauch ist wohl zum ersten Mal seit den Krisenjahren wieder gestiegen, die Einnahmen aus der Stromlieferung blieben jedoch hinter dem Vorjahre zurück. Dieser Rückgang ist durch die bedeutenden Nachlässe verursacht, die das Unternehmen der Industrie, dem Gewerbe und dem Handel bei den Kraftstrompreisen gewährt. Wenn diese Nachlässe aufrecht bleiben sollen, wird ab 1937 mit gleich günstigen Resultaten wie im Berichtsjahre nicht mehr zu rechnen sein, da dann planmässig die Tilgung der Dollaranleihe einsetzt.

Bezüglich der Strassenbahnen kommt der Bericht zu dem Schlusse, dass angesichts der wiederholt anerkannten sparsamen Wirtschaftsführung dieses Unternehmen von der Ausgabenseite her ohne empfindlichere Eingriffe eine wesentliche Besserung der Betriebsergebnisse nicht mehr zu erwarten steht. Eine solche erhofft sich der Rechnungshof eher von der Einnahmenseite

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien. am.....

---

her, und zwar durch einen radikalen Abbau der Fahrpreisbegünstigungen - der Bericht weist auf die bezüglichen Verfügungen im Deutschen Reiche hin - und durch ein weiteres Abrücken vom Streckeneinheitstarif. Beide Anregungen sind natürlich seit längerer Zeit Gegenstand eingehender Ueberlegungen; insbesondere darf nicht ausser acht gelassen werden, dass hier die Beziehungen zu den allgemeinen Preisverhältnissen und die Rückwirkungen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung sorgsam abgewogen werden müssen.

Das Brauhaus der Stadt Wien leidet wie alle Brauereien unter der Absatzschrumpfung, die auch im Berichtsjahre noch nicht zum Stillstand gekommen ist; dem Bestreben des Unternehmens, durch Sparmassnahmen der ungünstigen Entwicklung entgegenzuwirken, mussten mit Rücksicht auf die Höhe der starren Kosten nennenswerte Erfolge versagt bleiben.

Vermögenslage und Geschäftserfolg der städtischen Leichenbestattung und der Ankündigungsunternehmung werden als günstig bezeichnet.

.....